

Kein Gemeinde-Handel. Gegen die Pläne der Schöneberger Magistrats nahm die gestern abend in der Berliner Handelskammer abgehaltene Versammlung des Vereins Berliner Kolonialwarenhändler Stellung. Im Sinne der Ausführungen des Vorsitzenden Richard Abel stimmten die Anwesenden einstimmig einer Entschliessung zu, in der es heißt: Die Groß-Berliner Bevölkerung ist in den Friedenszeiten durch den freien Handel ausreichend und preiswert mit Lebensmitteln versorgt worden. Jede Ausschaltung des Handels zur Kräftigung städtischer Geldmittel wird eine Steigerung der Lebensmittelpreise zum Nachteil der Verbraucher bedingen und viele Steuerzahler schwächen. Der Schöneberger Magistrat möge zum Besten der Wohlfahrt seiner Einwohner den Beschlus der Stadtverordnetenversammlung, den Lebensmittelhandel nach Friedensschluß in eigene Verwaltung zu übernehmen, nicht genehmigen. Die Anwesenden beklagten ferner den zu geringen Verdienst bei Konserven, Zucker, Marmelade, Fischkonserven und Maximaden und beschloffen, die vollswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes zu ersuchen, den Kleinhandlern künftig einen auskömmlichen Verdienst von 20-25 v. H. vom Einzelverkaufspreis zu bewilligen und die Einspruchsfrist für ungenüßbare Fischkonserven und Maximaden zu erweitern.